"Umweltbank" als politisches Öko-Controlling

Trotz aller Absichtserklärungen kommt der ökologische Strukturwandel nur schleppend oder überhaupt nicht voran. Eine Beschleunigung wird von der Einrichtung einer deutschen "Umweltbank" erhofft.

Am Beispiel Verkehr ist deutlich zu erkennen, wie weit politische Absichtserklärungen und reale Veränderungen auseinanderklaffen. Die Instrumente einer "ökologischen Steuer- und Strukturpolitik" im Verkehrsbereich sind lange bekannt und diskutiert. Die Bundesregierung hat sich 1990 zu einer Reduktion der CO₂-Emissionen um 25 Prozent verpflichtet, doch die neuesten Daten (erster gesamtdeutscher Bericht des Umweltbundesamtes vom 1. Juni) belegen: Im Stra-Benverkehr ist die Entwicklung gegenläufig. Die Politik scheint offensichtlich nicht in der Lage zu sein, die notwendige Umkehr mit der erforderlichen Durchsetzungskraft einzuleiten und vor allem durchzuhalten. Allgemein anerkannt ist es, daß die Verkehrssysteme ökologisch kostendeckend sein müssen, die dafür notwendigen monetären und fiskalischen Maßnahmen (z.B. schrittweise Erhöhung der Mineralölpreise) scheinen jedoch politisch derzeit nicht durchsetzbar.

Einen Vorschlag, um diesen sich selbsthemmenden Kreislauf umweltpolitischer Entscheidungen zu durchbrechen, hat der hessische Umweltminister Joschka Fischer gemacht: Er verlangt ein Vetorecht des Umweltministers und eine Stärkung des Umweltbundesamtes (UBA) gegenüber der Bundesregierung. (Fischer 1989: "Das Berliner Amt muß die zentrale Umweltüberwachungsbehörde des Bundes mit weitgehenden Informationsrechten und -pflichten gegenüber der Öffentlichkeit werden, der zentrale Garant der Umwelterhaltung in dieser Republik. Das UBA braucht genau deshalb auch eine starke, konfliktfähige Stellung gegenüber der Bundesregierung auf einer regierungsunabhängigen Rechtsgrundlage analog der Bundesbank.") Neuerdings zeigt nun auch Bundeswirtschaftsminister Jürgen Möllemann Sympathie für diese Idee (FAZ vom 20.2.92).

Ziele und Maßnahmen entkoppeln

Hans Boës vom Sekretariat für Zukunftsforschung in Gelsenkirchen hat versucht, Fischers Vorschlag zu konkretisieren. Es müsse ein politisches Instrumentarium geschaffen werden, in dem die Zielsetzungen (z.B. 25 Prozent Reduktion der CO₂-Emissionen) und die entsprechenden Maßnahmen (z.B. Mineralölsteuererhöhung, Emissionsabgaben, Fahrverbote) weitgehend entkoppelt werden. Dies könnte mit der Einrichtung einer europäischen – oder zunächst bundesrepublikanischen – "Umweltbank" erreicht werden.

Der Name Umweltbank soll ausdrücken, daß diese Institution grundsätzlich die Aufgabe hat, den Schatz von Generationen – die natürlichen Ressourcen – zu verwalten. Sie sollte analog zur Bundes-

bank den Verbrauch natürlicher Ressourcen steuern und damit den ökologischen Strukturwandel auslösen. Eine derartige Institution könnte beispielsweise im Rahmen der längst überfälligen Aufnahme des Umweltschutzes in das Grundgesetz verankert werden. Zu klären wären hier vor allem die Fragen der Entscheidungsfindung sowie der Berücksichtigung nachfolgender Generationen im Sinne eines institutionalisierten Nachweltschutzes.

Umweltbundesamt "verwaltet" Ressourcen

Kurzfristig, so der Zukunftsforscher, ließe sich der skizzierte Gedanke durch eine Stärkung des UBA gegenüber der Bundesregierung beispielsweise im Rahmen eines "Umwelt-Stabilitätsgesetzes" ansatzweise verwirklichen: Das UBA müßte zunächst Leitindikatoren für die Basisressourcen Wasser, Luft und Boden auswählen (wie es derzeit bei der OECD geschieht) und wünschenswerte Entwicklungsverläufe vorzeichnen (wie z.B. in der Klima-Enquete geschehen).

Die Bundesregierung sollte dann auf der Basis des ausgearbeiteten Materials die von ihr angestrebten umweltpolitischen Ziele formulieren, die der Bundestag im Rahmen eines Gesetzgebungsverfahrens verabschiedet. Das UBA entwickelt einen Maßnahmenkatalog zur Einhaltung der angestrebten Naturverbräuche. Der Bundesregierung bleibt es dann vorbehalten, ob sie die vorgeschlagenen oder andere Maßnahmen zur Verbrauchsreduktion durchsetzt. Bei groben Abweichungen der Verbrauchsverläufe würde das UBA der Regierung zunächst eine Jahresfrist zur Einführung weiterer Maßnahmen einräumen. Bleiben die Abweichungen vom vorgegebenen Zielkorridor bestehen, kann das UBA eigene Maßnahmenpakete beschließen und durchsetzen. Dies kann von der Regierung dann nur noch durch eine Zielrevision (Lesung im Bundestag) verhindert werden.

Bei dem gewählten Beispiel der CO₂-Emissionen des Verkehrs würde dieser Mechanismus, so sieht es Hans Boës, dazu führen, daß beispielsweise die Mineralölsteuer kontinuierlich angehoben würde, bis tatsächlich eine Verringerung der die Atmosphäre belastenden Emissionen einträte. Im Güterverkehr würde die Aussicht auf eine kontinuierliche Anhebung der Transportpreise (schrittweise Internalisierung externer Kosten) die Unternehmen zu weitsichtigem und umweltbewußten Handeln anregen etc.

Regelmäßige Emissionsberichte

Das UBA könnte zusätzlich auch Aufgaben übernehmen, die über die differenzierten Instrumente einer Öko-Steuer hinausgehen. Auf alle Fälle aber müßte es – eventuell in Zusammenarbeit mit Umweltministerien der Länder – zunächst in einem umfassenden Jahresbericht den Zustand der Umwelt anhand gemeinsam ausgewählter Leitindikatoren erfassen. In monatlichen Berichten könnten Schwerpunktbereiche der Umweltpolitik, bestimmte Entwicklungstendenzen und Änderungsmaßnahmen eingehender diskutiert werden. Be-

Weitere Informationen: Sekretariat für Zukunftsforschung, Hans Boës, Leithestr. 37-39, 4650 Gelsenkirchen, Tel.: 0209/17992-12, Fax: 0209/17992-66. ginnen könnte das UBA mit der CO₂-Emission, ein ausgezeichneter Indikator für den Übergang in eine regenerative Wirtschaftsweise. Ein erster Schritt wäre nach Ansicht von Boës bereits getan, wenn das UBA regelmäßig über den Verlauf der Emissionen berichtete. Allein dies würde die Dramatik der derzeitigen Situation bewußt machen und könnte wichtige Selbstregulationsmechanismen der Gesellschaft auslösen.

KORRESPONDENZ

Naturschutzbund: Generationswechsel

Es liegt ein Artikel vom 1.4.92 aus Ökologische Briefe Nr. 14

Ökologische Briefe 14/92

vor, der richtiggestellt werden muß. Um dem Verfasser nicht Manipulation in der Berichterstattung vorzuwerfen, muß ihm Unkenntnis der Entwicklung des DBV bescheinigt werden. Zunächst zum "Generationswechsel". Viele alte Mitglieder hätten sich gewünscht, daß es bei der früheren Übereinkunft geblieben wäre, nämlich, daß man zum Präsidenten jeweils einen international anerkannten Fachmann wählen sollte. Das Alter kann man bekanntlich niemandem vorwerfen. Dem neuen Präsidenten muß man sehr viel Glück wünschen im Sinne des Vereins. Das wird er nötig haben. An dieser Position ist reiche Lebenserfahrung, Toleranz, überlegenes Fachwissen, von Ideologie freie Sachlichkeit und das "über den Dingen stehen" erforderlich, Eigenschaften, die nach allgemeiner Ansicht unterhalb des "Schwabenalters" kaum zu finden sind. Der Berichter kann sich nicht in die Lage vieler älterer und alter Mitglieder hineinversetzen, die sich als ungefragte Substanz und als manipulierte, zahlende Mitglieder ansehen. Sie haben dem Ehrgeiz eines jungen Mannes, den andere nicht gebremst haben, gedient, der seinerseits diese genutzt hat, um aus dem DBV nun einen Verein mit politischem Zuschnitt zu machen. Wäre es nicht angemessen und einfach gewesen, aufgrund eines durch die Vereinszeitschrift leicht herbeizuführenden Votums eine Entscheidung über so grundlegend wichtige Dinge wie die Umbenennung des Vereins, dessen Politisierung etc. herbeizuführen, an der alle Mitglieder dann beteiligt gewesen wären?! Es soll hier nicht der Eindruck erweckt werden, als würde die getroffene Entscheidung etwa als nicht rechtens angesehen. Der o. geschilderte Weg wäre aber der bessere und angemessenere gewesen. Der Berichterstatter weiß offenbar auch nicht, daß von Anbeginn an der "Bund für Vogelschutz" beinahe ein Synonym für "Naturschutz" war. In der Satzung ist immer wieder festgehalten worden, daß der umfassende Schutz der Natur, unter besonderer Berücksichtigung des Vogelschutzes, das erklärte Vereinsziel war. Daß dies schon vor sechzig Jahren so war, zeigt allein schon die Tatsache, daß auch damals der Gedanke an eine Umbenennung diskutiert wurde. Das beweisen auch die immer wieder erweiterten Programme des Vereins, von der Neugründung 1965 an über die Stuttgarter, Gießener usw. Programme. Natürlich haben sich die Zeiten seither geändert, d.h. es gibt einige neue, damals noch nicht relevante Tatsachen wie z.B. die FCKW-Entsorgung o.ä. Einige altbekannte Themen werden erneut diskutiert, z.B. die Kohlendi-

Der Verfasser weiß offenbar auch nicht, daß schon vor mehr als 80 Jahren und seitdem immer wieder sich die Vereinsführung prüfte, ob man sich als politisch tätigen Verein hinstellen solle oder nicht. Man kam immer wieder – nach breiter Diskussion im Kreise angesehener, kluger Mitglieder - dazu, daß man besser das Wort Politik meiden solle. Hierzu habe ich in "Naturschutz heute" 6/88 Stellung genommen. Es lie-

oxid-Anreicherung. Über allem steht die Frage nach der

sungen nicht beizukommen ist.

Begrenzung der Menschheits-Vermehrung, der mit Patentlö-

gen hier eben unleugbare Tatsachen vor: Naturschutzpolitik kann nicht für alle auf diesem Gebiet tätigen Geister einheitlich sein. Jede Partei hat hier unterschiedliche Aspekte. Naturschutzpolitik ist auch zwischen den verschiedenen Naturschutz-Organisationen unterschiedlich. Aus der Sicht, daß das gemeinsame Vertreten von Naturschutz-Anliegen zusammen mit anderen Verbänden die Sache verstärken könne, ist es vernünftig, den Naturschutz nicht auf die Ebene der Politik zu ziehen. Naturschutz muß oberhalb der Tagespolitik rangieren. Wohin es führt, wenn man das nicht berücksichtigt, wurde klar, als eine andere Umweltschutz-Organisation sich zeitund stellenweise linke und grüne Vorstellungen zu eigen machte: Es kam sogleich zum allgemeinen Sprachgebrauch: "Linke, Grüne, Alternative, Natur- und Umweltschützer, das sind doch alle dieselben". Das Eintreten der Grünen für eine extrem linke Politik hat damals dem Naturschutz sehr geschadet. Schließlich muß man fragen, worin denn der Berichterstatter eine Programm-Reform des Vereins sehen will, wenn er die seit eh und je gegebenen Ziele Naturschutz, Artenschutz, Biotopschutz und Umweltschutz als "neue" Vereinsziele (NABU) deklariert. Die markige Feststellung: "Beim Naturschutzbund will keiner zurück zum DBV" wird hier ohne irgendwelche Skrupel als der Erfolg des neuen Präsidenten bei seinem "Marsch durch die Institutionen" hingestellt. Das klingt so überzeugend, aber sie trifft die Wirklichkeit m.E. nicht.

Horst Hanemann

MEDIENSPIEGEL

Religiosität hilft der Umwelt wenig. Der moderne Mensch ist zu aufgeklärt, als daß er durch den Glauben an eine Religion eine neue Ehrfurcht vor der Natur entwickeln könnte, die ihn zu umwelterhaltendem Handeln anhält. "Nötig sind ethische Konzepte, die mit Biotechnik und Atomkraftwerken zurechtkommen", so das Fazit eines Artikels in "Natur" 6/92. Weder in der Bibel noch im Koran besitze die Natur spirituellen Eigenwert. Erst mit einem Jahrzehnt Verzögerung nehme die christliche Kirche Umweltzerstörung als Thema wahr und komme doch nicht darüber hinaus, die Auslegung der Bibel der politischen Diskussion anzupassen. Aber auch Naturreligionen wie die in Japan hätten die Umweltzerstörung nicht verhindern können. Momentan gehe der Trend dahin, daß Umweltschützer Halt in ursprünglichen Stammesreligionen (wie den indianischen und germanischen) suchen, doch die Beliebigkeit dieser wiedererweckten Mode-Religionen verpflichteten die Anhänger zu wenig.

Hochgeschwindigkeitszüge quer durch Europa sind in Planung. Auf einer Brüsseler Schienenverkehrs-Konferenz im April wurden Pläne vorgestellt, ein Netzwerk von Hochgeschwindigkeitszügen zu bauen, das nicht nur die Länder Westeuropas miteinander verbindet, sondern auch Osteuropa miteinbezieht. Wie der "New Scientist" vom 23. Mai berichtet, sollen die Hochgeschwindigkeitsstrecken bis Ende des Jahrhunderts auf 7400 km anwachsen. Innerhalb der nächsten vier Jahre werden vier neue schnelle Bahnlinien in Frankreich und je eine in Osterreich, Belgien und Deutschland fertig gestellt (Fortsetzung Seite 20)